

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt.

Die Amtshauptmannschaft Meißen, für das  
sowie für das Forst-

Informationen für die gebotene Korrespondenz oder deren Namen, Adressen, etc., sind mit dem Anzeigenblatt zu versenden. Die Anzeigen sind zu bringen im amtlichen Teil für den 25. Oktober 1919. Die Anzeigen sind zu bringen im amtlichen Teil für den 25. Oktober 1919. Die Anzeigen sind zu bringen im amtlichen Teil für den 25. Oktober 1919.

Nr. 248 | Sonnabend den 25. Oktober 1919 | 78. Jahrg.

### Amtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachungen werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß die Verordnung des Wirtschaftsministeriums LLA 2559 II G2 vom 19. August 1919 — Nr. 204 der Sächsischen Staatszeitung vom 6. 9. 19 — über Höchstpreise für Gemüse mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Dresden, am 21. Oktober 1919. 2741/2740 VG2  
Wirtschaftsministerium,  
Landeslebensmittellamt.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 8. April 1919 (Reichsgesetzblatt S. 307) wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Reichsstelle für Gemüse- und Obst vom 12. und 22. November 1918 (Reichsanzeiger 268 vom 12. und 28. November 1918) bestimmt:

#### § 1.

Nach § 5 des Lieferungsvertrages über Herbstgemüse werden die Vertragspreise für nachstehend verzeichneten Gemüsearten je Zentner bis auf weiteres, wie folgt fest-

Für Weißkohl . . . . .	4.— M.
„ Rotkohl . . . . .	7.25 „
„ Wirsingkohl . . . . .	6.75 „
„ Grünkohl bis zum 30. November 1919 . . . . .	6.75 „
„ rote Möhren und Karotten aller Art einschließlich der Keimen runden Karotten . . . . .	5.25 „
„ gelbe Möhren . . . . .	3.75 „
„ weiße Möhren . . . . .	2.25 „

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

#### § 2.

Die Preise des § 1 sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

#### § 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) in Kraft.

Berlin, am 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Der Vorsitzende: von Tilly

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 8. April 1919 (Reichsgesetzblatt S. 307) wird bestimmt:

#### § 1.

Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln (lose) wird wie folgt festgesetzt:

vom 1. November 1919 ab	12 M. je Zentner
„ 1. Dezember 1919 ab	15 „ „
„ 1. Januar 1920 ab	15 „ „
„ 1. Februar 1920 ab	18 „ „
„ 1. März 1920 ab	21 „ „

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

#### § 2.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Bekanntmachung vom 2. September 1919 (Reichsanzeiger 201 vom 4. September 1919) in Kraft.

Berlin, am 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Der Vorsitzende: von Tilly.

#### Bekanntmachung.

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers, die auch für Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 20. Oktober 1919.

Wirtschaftsministerium.

#### Bekanntmachung.

Nr. F. R. 60/10. 19. KRA.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Beschlüsse wird nach dem Inhalt des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (RWB. S. 438) folgendes bestimmt:

#### Artikel I.

Zur Bekanntmachung Nr. Ch. 1802/3. 17 KRA., betreffend Befreiung von Beschlüssen über Kriegsmobilisierungsgegenstände und anderen Gegenständen vom 1. Juni 1917, tritt außer Kraft. Die Befreiungen, um die in der den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügung des Reichsministeriums Kriegsrohstoffabteilung Nr. Ch. 736/12. 17 KRA. vom 25. Dezember 1917 (betreffend Holzverkohlungsprodukte) ersucht worden war, sind nicht zu erstatten.

#### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. Oktober 1919 in Kraft.

Berlin, am 8. Oktober 1919.

Der Reichswehrminister.  
J. A.: Wolffbüchel.

### Wahlen zur Bezirksversammlung.

#### Für den die Gemeinden:

Niederstein, Birkendamm, Blankenstein, Butlersdorf, Deutschbora, Dittmannsdorf, Elgersdorf, Gottfriedsgrund, Großsch, Helbigsdorf, Herzogswalde, Hirschfeld, Hohentanne, Limbach, Mergenthal, Neukirchen, Niederw. Oberw., Reinsberg, Rothschönberg, Steinbach b. M. und Tanneberg;

#### sowie die selbständigen Gutsbezirke:

Niederstein, Deutschbora, Herzogswalde, Hirschfeld, Limbach, Neukirchen, Oberw., Niederreinsberg, Oberreinsberg, Rothschönberg, Steinbach b. M. und Tanneberg

umfassenden 10. Wahlkreis der Amtshauptmannschaft Meißen sind bei dem unterzeichneten Wahlkommissar folgende als gültig anerkannte Wahlvorschläge eingegangen:

#### I.

Bruno Wegel, Gutsbesitzer, Birkenhain,  
Reinhold Wästner, Gutsbesitzer, Dittmannsdorf,  
Ernst Kreyßmar, Stellmachermeister, Hirschfeld  
Paul Dehmichen, Gutsbesitzer, Neukirchen.

#### II.

Rud. Wunderling, Rittergutsbesitzer, Neukirchen,  
Georg Kirsten, Mühlenbesitzer, Helbigsdorf,  
Hermann Silbermann, Erbgerichtsbesitzer, Hohentanne,  
Oskar Schaage, Gutsbesitzer, Niederw.

#### III.

Hermann Richter, Maurer, Birkenhain,  
Heinrich Lehmann, Wirtschaftsbesitzer, Herzogswalde,  
Richard Dombach, Parteisekretär, Wilsdruff.

Die Wahlvorschläge I und II sind miteinander zu einer Gruppe verbunden, so daß sie den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag gelten.

Reinsberg, am 22. Oktober 1919.

Der Wahlkommissar.  
Rost, Gem.-Vorst.

Sonnabend den 25. Oktober 1919 nachmittags 1/5 Uhr

### Hauptübung der tätlichen und freiwilligen Feuerwehren.

Sämtliche Mitglieder der Pflichtfeuerwehr, Reserveabteilung und freiwilligen Feuerwehren haben sich zur oben angegebenen Zeit am Gerätehuppen (Turnhalle) einzufinden, alle männlichen Einwohner im Alter von 17 bis 38 Jahren sind zum Feuerlöschdienst verpflichtet.

Unpünktliches Erscheinen oder Ausbleiben wird in Gemäßheit von § 56 des Feuerlöschregulativs mit Geldstrafe bis zu 15 M. geahndet.

Die über 38 Jahre alten männlichen Einwohner, die früher der Pflichtfeuerwehr angehört, wollen ihre Abgehen beim Branddirektor zurückgeben.

Führer der Reserveabteilung ist Herr Branddirektor Tischlermeister Heinrich Dietrich der Abwehrmannschaften Herr Kaufmann Paul Krippenstapel,

der Spritzenmannschaften Herr Baugeschäftsinhaber Hermann Burkhardt.

Entschuldigungen für Fernbleiben von der Übung sind bei den Führern anzubringen.

Wilsdruff, am 21. Oktober 1919. Der Stadtrat.

### Grumbach.

#### Steuerreste.

Bis 1. November sind die rückständigen Steuern und Abgaben, und zwar Staats- und Gemeindefiskussteuer, Landeskultursteuer, Grundbesitzsteuer, katholische Kirchen- und Schulsteuer sowie die Beitragsnachzahlungen an die Steuereinnahme in den Vormittagsstunden unter Vorlegung der Steuerzettel abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt die mit Kosten verbundene Zwangsversteigerung.

Grumbach, am 23. Oktober 1919

Der Gemeindevorstand.

### Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.



**Kleine Zeitung für eilige Leser.**

- Nach Mitteilungen der Reichszentrale für Krieg- und Friedensangelegenheiten sind zwischen dem 18. und 21. Oktober 1918 Gejangene aus England zurückgeführt.
- Als Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Freiherrn v. Seelenbrosch ist der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Paul v. Krause in Aussicht genommen.
- Der parlamentarische Untersuchungsausschuss über die Friedensmöglichkeiten im Kriege hat sich bis zum 21. Oktober vertagt.
- England verlangt Auslieferung der letzten deutschen Handelschiffe, die im Jahre 1915/16 an Neutrals verkauft worden sind.
- Der französische General Fournier wird mit noch acht seiner Offiziere vor ein Kriegsgericht gestellt, weil er Mausebenge im Jahre 1914 den Deutschen übergeben hat.
- Die rumänischen Truppen haben Budapest jetzt erobert.

**Der Dreibundvertrag.**

**Italiens Verrat.**

Der Wiener Universitätsprofessor Bribram veröffentlicht ein Werk über die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns vom Jahre 1879 bis 1914. Darin wird auch aufschluss über den Inhalt der Dreibundverträge gegeben. Aus dem nunmehr veröffentlichten Text geht hervor, daß der Dreibund nicht als Vertrag des Österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisses von 1879 anzusehen ist, vielmehr blieb dieser Vertrag bis zum Ausbruch des Weltkrieges unabhängig von dem Bündnis mit Italien die Grundlage für die Politik der Mittelmächte in allen Fragen der Außenpolitik, namentlich besonders aber für ihr Verhalten zu Russland. Der erste Dreibundvertrag mit einer fünfjährigen Dauer wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. In seinem zweiten Artikel verpflichtete er Österreich-Ungarn und Deutschland, Italien mit ihrer ganzen Kriegsmacht zu Hilfe zu eilen, wenn es ohne Provokation seinerseits von Frankreich angegriffen würde. Eine entsprechende Verpflichtung Deutschland gegenüber nahm nur Italien auf sich, Österreich-Ungarn nicht.

**Englands Beitritt scheiterte.**

Italiens Bemühungen, zur Sicherung gegen die weiteren Eroberungslüste Frankreichs in den Randgebieten des Mitteländischen Meeres, Englands Beitritt zum Dreibund zu erwirken, scheiterten damals noch an dem Widerstande Bismarcks, doch wurde in einem dem Protokolle angehängten Protokoll ausdrücklich betont, daß der Dreibund keine englandfeindliche Tendenz verfolgte, eine Bestimmung, die ganz dem ausgesprochenen Defensivcharakter des Vertrages entsprach. Während aber die Mittelmächte an diesem Gedanken bis zur Auflösung des Bundes unentwegt festhielten, ließ ihn Italien schon bei der Verhandlung des zweiten Dreibundes fallen, der 1887 wieder auf fünf Jahre abgeschlossen wurde.

**Sonderabkommen mit Frankreich.**

Später schloß Italien einen Sondervertrag mit Frankreich über Tripolis, erneuerte aber trotzdem den Dreibund mit seinen gegen dieses gerichteten Bestimmungen. England hatte sich bereits 1887 mit Österreich-Ungarn und Italien über die Aufrechterhaltung des türkischen Besitzes im Orient geeinigt. Nunmehr fand der von Deutschland lebhaft unterstützte Wunsch Italiens, England in möglichst bindender Form zur Gutheißung und Unterstützung der die nordafrikanischen Gebiete betreffenden Bestimmungen des Dreibundvertrages zu bewegen, in einem dem Protokolle angehängten Protokoll Berücksichtigung. Damit hatte die Annäherung Englands an den Dreibund den Höhepunkt erreicht.

**Die Krise.**

Die Krise des Dreibundes begann mit dem ersten schweren Konflikt zwischen England und Deutschland. Bereits 1896 teilte Italien den Mittelmächten mit, daß es an einem Kriege, in welchem England und Frankreich gemeinsam als Gegner der Dreibundstaaten auftreten sollten, nicht teilnehmen könnte, eine Erklärung, die allerdings Deutschland und auch Österreich-Ungarn sich weigerten, zur Kenntnis zu nehmen. Der Dreibundvertrag wurde noch zweimal unverändert erneuert, desgleichen das Protokoll von 1891, obgleich es im Hinblick auf die sich mehrenden Differenzen zwischen Deutschland und England immer weniger den tatsächlichen Verhältnissen entsprach.

**Himmanns Magd.**

Roman von G. Marlitt.

27) Er bejahte sich tieferbittert das erstere. War denn da ein Zweifel? War die übertriebene Zimperlichkeit, mit welcher sie neulich seinen Blick auf ihr verhäßtes Gesicht abgewehrt, nicht die schönste Komödie gewesen, angefaßt der Tatsache, daß sie hier vor den Augen der lärmenden Männer ohne die entstellende Hülle des „Schleiers“ und des plumpen, biden Busentuches angezwungen verkehrte? ... Und nun hatte sie auch noch die Strenge, ihn mit sanfter, beweglicher Stimme um Verschwiegenheit zu bitten. ... Und dabei der bezwingende Niedrize ihrer Erscheinung, dieses besessenen Gesicht unter dem dicken, nach dem Nacken zurückgewogenen Dunkelhaar! Ihn war, als ringle sie eine buntschillernde Krater senft schmelzend nach seinem Herzen, der er in Zorn und Schmerz den Kopf zertreten müsse. „Vergessen Sie das häßliche Wort?“ fragte er schneidend. „Nun kann, sagen wir interessant, das interessante Geheimnis! ... Mit den alten Leuten werden Sie leichtes Spiel haben — sie kommen beide nicht über die Schwelle der Haustür und können Ihren Spuren nicht nachgehen; und ich — nun, ich habe Ihnen ja mein Wort gegeben, daß ich schweigen will — ja wohl, schweigen, als wenn mir eine mörderische Hand die Kehle zuschnürte. ... Aber wie steht es mit der Dome Blaustrumpf? Sie ist nicht an ihre Dachstube gefesselt und hat keine Hähne, wie ich mich gestern Abend überzeugen durfte. Sie schwebt wie eine Fee und macht es möglich, urplötzlich wie ein Sommerwölchchen zu verschwinden, das der Wind in den Lüften zerbläst — so kann sie auch jeden Augenblick in ihrem grauen Spinnwebenschleier aus jeder beliebigen Baldeute hergesteuert kommen — was dann?“ Ein kaum merkliches Säbeln schloß sie ihre Lippen; sie bog sich über den Brunnen und rückte das Brett mit dem überströmenden Krug aus dem Bereich der Sinne. „Ich glaube Ihnen schon gesagt zu haben, daß ich gar nicht imstande bin, irgendein Wort ohne Ihr Zutun zu tun.“ antwortete sie, ihrer augenblicklichen Beschäftigung zugehend. „Ja, das haben Sie gesagt.“ bestätigte er. „Und

Italien setzte dann auch durch, daß 1912 die Souveränität Italiens über Tripolis anerkannt und die Vereinbarungen von 1901 und 1909 über Albanien bestätigt wurden. Alle übrigen Forderungen Italiens wurden von den Mittelmächten zurückgewiesen. Zwischen Italien und Deutschland wurde 1888 eine Militärkonvention geschlossen, die die Verwendung italienischer Truppen gegen Frankreich jenseits des Rheins in Aussicht nahm.

**Politische Rundschau.**

**Deutsches Reich.**

• **Schilanzige Rückbeförderung von Zivilgefangenen.** Der Reichskommissar für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Trotz allen Bemühungen von deutscher Seite ist es nicht gelungen, bei der transilvanischen Regierung durchzusetzen, daß die jetzt heimkehrenden Zivilgefangenen nach dem zum Empfang vorbereiteten Übernahmeaktions Konfession oder Weisel geleitet werden. Die beiden ersten Transporte sind unerwartet in Frankfurt am Main eingetroffen und mußten daher nach Weisel weitergeführt werden, wodurch eine bedauerliche, aber unvermeidliche Verzögerung in der Beförderung eintritt.

• **Strenge Durchführung der Lebensmittelgesetze im besetzten Gebiet.** Angesichts der mangelhaften Lebensmittellieferung der Zivilbevölkerung ordneten die britischen Militärbehörden strengere Durchführung der deutschen Lebensmittelgesetze und Verordnungen in der britischen Zone an. Danach müssen die Erzeuger nach Maßgabe der deutschen Gesetze den Gesamtantrag der Ernte abzüglich der gesetzlich ihnen zustehenden Mengen abliefern. Vertreter von Behörden sind berechtigt, alle Häuser, Höfe, Keller usw. zu durchsuchen. In landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Personen dürfen an Stelle von Lohn Lebensmittel nur in den gesetzlich vorgeschriebenen Ausnahmefällen erhalten. Die Verantwortung für Durchführung der Lebensmittelgesetze trägt die deutsche Zivilbehörde. Die britische Militärbehörde wird sie dabei unterstützen, aber auch verlangen, daß Beamte, die ihre Pflichten bei Durchführung dieser Aufgaben verlegen, ihres Amtes enthoben werden.

• **Die Kosten der Berliner Botschaft.** Für den Dienst der französischen Botschaft in Berlin ist ein Betrag von 5.000.000 Franc ausgesetzt worden, davon entfallen fünf Millionen auf den wirtschaftlichen und politischen Dienst. Für die verschiedenen Kommissionen, die die Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland zu überwachen haben, werden zehn Millionen gefordert, von denen der größte Teil von Deutschland zurückverlangt werden soll.

**Parlamentarischer Untersuchungsausschuss.**

(Dritter Tag.)

Berlin, 23. Oktober.

**Abschluß der Vernehmung Bernstorffs.**

Unter hartem Andrang von Abgeordneten aller Parteien nimmt die Vernehmung des Grafen Bernstorff ihren Fortgang, nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses ein selbständiges Fragerecht besitzt.

Vorsitzender Warmuth erbittet von dem Zeugen nochmals eine Bestätigung dafür, daß, solange die Friedensvermittlungsgespräche mit Wilson schwebte, niemals davon die Rede gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Nach dieser Bestätigung durch Bernstorff weist der Vorsitzende auf den Widerspruch hin, der in der Anerkennung eines Staates Polen mit Aussehen zum Meer durch Wilson in seiner Senatsrede vom 22. Januar und dieser Unverletzbarkeit Deutschlands liegt. Graf Bernstorff: Daß Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, bezweifle ich keinesfalls. Aber ob diese Wiederherstellung so weit gehen sollte, daß Preußen bzw. Deutschland Gebiete abtreten sollte, wurde nach meiner Ansicht erst aus den Verhandlungen hervorgegangen sein. Es würde sich dabei sicherlich nach des Zeugen persönlicher Überzeugung um Konventionen gehandelt haben.

**Die polnische Frage.**

führt zu längeren Zweifelsgesprächen, woraus hervorgeht, daß man in Amerika an einen Ausweg zum Meer für Polen durch eine Eisenbahn, nicht aber an eine Entziehung deutschen Bodens gedacht habe. Jedenfalls habe ein klares Programm in Amerika nicht vorgelegen. Bernstorff sieht auf dem Standpunkte, daß die Friedensaktion Wilsons von 1918 mit dem letzten von 1917 gar nichts zu tun hat. Auch damit, daß Wilson in Versailles verlegt hat, hat dies nichts zu tun. Das sind vollkommen getrennte Aktionen gewesen, ein Rück-

schluß von der einen zur anderen ist ausgeschlossen. Der Friede, habe immer den Wunsch vertreten, daß Wilson die Friedensvermittlung übernehme, damit der Eintritt der einigten Staaten in den Krieg verhindert würde. Ich bin immer der Ansicht, daß der U-Boot-Krieg automatisch den Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen bedingte, deren automatische Folge wiederum der Eintritt Amerikas mit Deutschland sein mußte. Der Eintritt Amerikas in den Krieg mußte meiner Ansicht nach unbedingt zum Scheitern der Entente führen. Infolgedessen blieb nichts übrig, als die Vermittlung Wilsons anzunehmen.

**Ohne die Hilfe Amerikas konnte die Entente nicht überleben.**

Wäre es uns gelungen, den Krieg mit Amerika zu verlängern, so wäre unter allen Umständen mindestens ein Weltkrieg ausgebrochen, und das wäre ein Verhängnis gewesen, das die Welt in eine unheilvolle Verwirrung stürzte. Der Zeuge wiederholt die Behauptung nochmals, daß ihm gegenüber bei allen Verhandlungen niemals eine Weisheitsrede geäußert worden ist. Über die rechtlich-politische Frage ist nur in allgemeinen Wendungen gesprochen worden. Die Profamirica-Verhandlungen des Staats durch die Mittelmächte habe bei den Verhandlungen mit Wilson nie eine Rolle gespielt. Ich habe ihm, dem Zeugen, immer wieder sagen lassen, er müßte die Kriegführenden zu einer Konferenz zusammenrufen. Dann sollte gleichfalls oder hinterher eine zweite Weltkonferenz stattfinden, an der Wilson mit sämtlichen Staaten der Welt teilnehmen sollte, um die allgemeinen Fragen zu regeln. Wilson habe nicht erklärt, daß er an der ersten, der Friedenskonferenz, teilzunehmen beabsichtige. Prof. Bonn: Wann hätten die Parteien auf der ersten Konferenz sich mit Wilsons Zutun geeinigt und die Votenfrage anders gelöst, hätte Wilson da irgendwelche Schwereisigkeiten gemacht haben? — Graf Bernstorff: Das glaube ich nicht.

**Die deutschen Friedensbedingungen.**

Nach einigen weiteren Unterhaltungen über die zu stellenden Bedingungen in den kritischen U-Boot-Krieges verließ Referent Bernstorff das Parlament. Reichskanzler Bethmann Hollweg an Bernstorff mit dem vertraulich an die amerikanische Regierung zu übermittelnden damaligen deutschen Friedensbedingungen. Sie lauten:

**Rückkehrung des von Frankreich besetzten Teiles des Oberlandes.**

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Land strategisch und wirtschaftlich sicheres Grenzgebiet. Koloniale Restitution in Form einer Verkleinerung der Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz.

**Rückgabe der von Deutschland besetzten französisch-gebierte unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzverhältnisse, sowie finanzieller Kompensationen.**

Wiederherstellung Belgiens unter bestmöglicher Garantie für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

**Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der bereits eroberten Gebiete im Friedensschluß, zu restituierenden Gebiete.**

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

**Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Austausch und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Ausschluss entsprechender Handelsverträge.**

**Sicherstellung der Freiheit der Meere.**

Die Friedensbedingungen der Verbündeten Deutschlands bewahren sich in ähnlichen Grenzen. Weiter wird in dem Telegramm erklärt, daß Deutschland bereit sei, in die in der Senatsrede erwähnte internationale Konferenz einzutreten. Ferner wird betont, wenn das Angebot Wilsons wenige Tage vorher erfolgt wäre, so hätten wir den Frieden aus technischen Gründen lieber zu spät. Es seien unendlich Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen seien, bereits U-Boote mit neuen Instruktionen ausgerüstet. Wir seien jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nachzugeben. Wir bitten den Präsidenten, seine Bemühungen wieder aufzunehmen und fortzusetzen und die Einstellung des U-Boot-Krieges bereit, sobald volle Sicherheit aboten ist, daß die Bemühungen des Präsidenten in einem für uns annehmbaren Frieden führen könnten.

**Bernstorffs Rückkehr nach Deutschland.**

Der Zeuge sagt, nach dem Stand der Verhandlungen Amerika sei es vollkommen ausgeschlossen gemeint, daß noch verhandelt wurde. Er habe versucht, in diesem Sinne wie immer zu verhandeln, aber es ist weiter nichts erreicht. Am 21. Januar abends habe er die U-Boot-Notiz überbracht.

unterziehen, weil Ihre vergötterte Dame sonst sich — etwas zu essen haben würde.“

Sie schüttelte lebhaft den Kopf und biß sich auf den Keinen weißen Zähnen auf die Unterlippe. Sie war, als kämpfte sie mit Gewalt eine Entgegnung nieder, während ihre Augen einen Augenblick in dem bezwinglichen Humor aufleuchteten.

„Bemühen Sie sich nicht weiter,“ wehrte er sich jede Entgegnung ab. „Die Ehrenrettung dieser Ihnen doch nicht — ich weiß das wirklich. Sie haben diese Damen einmal vom heraufgehenden Reichthums gelockt, dann sind Sie verloren und verdobernd für das hässliche Leben. Sie träumen von denken dann nichts anderes mehr, als sich die Erlösung inmitten des himmlischen Wohllebens für immer zu beschließen, und dazu soll und muß ihnen nun ein armer, unglücklicher reicher Mann helfen. Sie sind viel, ob er grauhaarig und altersmürrisch, oder jung und simbel ist, ob er überhaupt will oder nicht.“

„Bleibst du wach?“ die im Hause des Herrn von Wilmers das recht gut und waren auf ihrer Hut, wie ich das lieber zeitlebens einsam bleiben, als eine einmalige Erzieherin zur Herrin meines Hauses werden würde — lieber das erste beste Bauerndiener vom Hause, wenn es nur die Ehrlichkeit auf dem Gewissen hat.“

„Er sah wie ihr alles Blut aus den Wangen wich, aber sie erwiderte nichts mehr. Sie ergab sich Krug, um ihn von dem Brett zu heben und sich zu entfernen.“

„Nun, gehen Sie wirklich wieder dort hinein?“ — Er zeigte nach dem Hofwärtershaus. — „Das ist das wahre Lärmen gar nichts Zurückschreckendes.“

Sie sah seitwärts, unter halbgeöffneten Wimpern hervor, nach ihm hin. „Ich habe harte Neerven, wie ein verdes Bauerndiener vom Walde, das laßt mich schreien,“ entgegnete sie mit großer Schärfe. „In diesem Falle wird übrigens gar nicht gefragt, ob ich mich zu setzen oder nicht — ich habe mich einfach dem zu fügen.“

(Fortsetzung folgt.)



kommt, wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Bevölkerung ist jedoch entschlossen, den Streik durchzuführen.

**Dr. Rosen Vorkämpfer in Wien.**  
Wien, 24. Okt. (tu.) Aus Berlin wird gemeldet: Die deutsche Regierung hat beschlossen, die Wiener Botschaft nicht in eine Gesandtschaft umzuwandeln. Unter den Persönlichkeiten, die für den Wiener Botschaftsposten in Aussicht genommen sind, wird der gegenwärtige Gesandte im Haag, Dr. Rosen genannt.

**Wilson's erste Arbeitsbetätigung.**  
Frankfurt, 24. Okt. (tu.) Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson diktierte als ersten offiziellen Akt nach seiner Geneesung gestern einen Brief und zwar an Franklin Lane, dem Präsidenten der Industriellen-Konferenz, durch den er die Kluft zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken sucht.

**Verhandlungen über gegenseitigen Austausch deutscher und polnischer Grenzortschaften.**  
Wien, 24. Okt. (tu.) Es wird gemeldet, daß die deutsche Regierung an die Entente das Ersuchen gerichtet habe, an der im Friedensvertrag festgelegten deutsch-polnischen Grenze entsprechende Änderungen vorzunehmen. Auf eine Anfrage der Entente hierüber erklärte die polnische Regierung, daß sie keine Änderungen zulassen werde, dagegen bereit sei, mit der deutschen Regierung über den Austausch einiger Grenzortschaften mit überwiegend deutscher Bevölkerung gegen deutsche Ortschaften, in denen das polnische Element überwiegend ist, in Verhandlung zu treten.

**Schweres Zugunglück.**  
Katibor, 24. Okt. Heute früh fuhr ein Personenzug auf dem Bahnhof Kranowitz einem Güterzug in die Flanke. Hierbei gerieten 3 Wagen, darunter der Postwagen, vermutlich durch Entzündung von geschmuggeltem Spiritus, in Brand. Bis 10 Uhr früh waren 17 Tote und 60 Verletzte festgestellt.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 24. Oktober 1919.

### Gemeinschaftliche Sitzung beider städtischer Kollegien.

Donnerstag den 23. Oktober abends 8 Uhr.

Bis nahe an Mitternacht saßen gestern abend sämtliche Herren des Rates mit Herrn Bürgermeister Rängel und 13 Stadtordeordnete am grünen Tische, um für das Wohl der Stadt zu raten und zu beraten. Herr Bürgermeister Rängel leitete die Sitzung und gab zunächst Kenntnis von einem größeren Angebot ausgetrockneten Strohholzes zu 39 Mk. für den Raummeter. Man vermittelte einstimmig die dazu nötigen Mittel, wenn durch Vierterung einiger Probenwagen der Ankauf als vorteilhaft erwiesen wird und genügend Nachfrage darnach vorhanden ist oder eine Beschäftigung des Holzes den Ankauf als vorteilhaft erscheinen läßt. — Wenig erfreulich war die anschließende Mitteilung, daß die Stromzuführung durch das G.-W. Deuben infolge erschwerter Materialbeschaffung auch in diesem Monat noch nicht möglich ist, doch sei zu hoffen, daß die Zuleitung im Monat Dezember fertiggestellt würde. Dem Ansuchen des Gemeindevorstandes für das G.-W. Deuben um Erhöhung des Darlehens auf 200000 Mk. wurde einstimmig zugestimmt. — Die Beschlussfassung über den vorgelagten Nachtrag zur Disziplinordnung wurde auf Antrag des Stadts. Schumann mit 7 gegen 6 Stimmen vertagt, nachdem zuvor nach reger Aussprache ein Antrag desselben Herrn auf Schluß der Debatte mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden war. Dem Besuche der Lehrerschaft um Erhöhung der Entschädigung für Fortbildungsschulunterricht wurde nach dem Vorschlage des Schulausschusses dahin Rechnung getragen, daß man einstimmig den Preis für eine Schulkunde für das Jahr auf 200 Mk. (bisher 120 Mk.) vom 1. Oktober ab festsetze. Ein Antrag des Herrn Oberl. Dienrich, der Erhöhung rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar d. J. zu verleihe, war zuvor gegen 2 Stimmen abgelehnt worden. — Eine gewisse Gewitterschwüle beherrschte den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Vorkläufe zu den Wohnungsbauten der Baugesellschaft betr. Wie genügend bekannt, war der Rat bisher bei der Beschaffung von 12 Wohnungen geblieben, während die Stadtverordneten auf einer solchen von 20 Wohnungen beharrten. Nach z. T. erhitzter Aussprache, an der sich zu wiederholten Malen die Herren Bürgermeister Rängel, Stadträte Wehner und Schlichenmaier und Stadts. Schumann, Bombach, Lohner und Ischols beteiligten, kam man zu einer Einigung. Ein Antrag des Herrn Bombach deckte sich dem Sinne nach mit dem Vergleichsvorschlag des Herrn Bürgermeisters: Die Stadt stellt der Gemeinnützigen Baugesellschaft zu möglichst rascher Herstellung möglichst vieler Wohnungen die Summe von 210000 Mk. als Vorschuß zur Verfügung mit dem Bewußtsein, daß sich bei Eingang der staatlichen Beihilfen der Betrag um die jeweiligen Baukostenzuschüsse der Stadt für die einzelnen Bauten verringert. Dieser Vorschlag wurde von beiden Kollegien einstimmig angenommen und haben wir drüber als eine gewisse Entspannung der Lage empfunden. Einstimmig genehmigte man auch die Erteilung der Baugenehmigung zur Errichtung von drei Wohnhäusern an der Bismarckstraße und Stundung der dazu nötigen Anliegerleistungen. — Punkt 4, eine etwaige Erhöhung der Volkskassenbeiträge betr., wird einem bald tagenden geeigneten Ausschusse überwiesen. — Wegen des Bauvorhabens des Herrn Rich. Eckl — ein 30 Meter breiter und 90 Meter langer Holzschuppen auf Flurstücken 867 und 862a — hat man keine Bedenken, doch regt man die Anlage erhöhten Feuerschutzes an. Bei dieser Gelegenheit setzte man die Anliegerleistungen bei neu zu erbauenden 10 Meter breiten Straßen auf 150 Mk. für den laufenden Meter fest. — Den Zentralschlachthausen gewährt man auf Besuch auf kurze Zeit einen Vorschuß von 30000 Mk. zum Einkauf von 26 Zentner Speck und 26 Zentner Fett, doch wird daran die Bedingung geknüpft, daß die Verkaufspreise im Einverständnis mit der Stadt festgesetzt werden.

— Das 10-jährige Stiftungsfest der Festschule findet nicht, wie gestern irrtümlich erwähnt, im „Löwen“, sondern heute abend 8 Uhr im „Böhm. Weiser Adler“ statt. — Wochenkarten 4. Klasse werden ab 1. November auf Entfernungen bis zu 40 Kilometer bei den nächsten

Staatseisenbahnen ausgegeben. Sie gelten vom Montag bis Sonntag für die vom Besteller bezeichnete Strecke zur beliebigen Fahrt mit allen die 4. Klasse fahrenden Personenzügen. Fahrtunterbrechungen sind ausgeschlossen. Die Karten sind nicht übertragbar. Wochenkarten können schon am Sonnabend für den folgenden Zellausschnitt gelöst werden. Soweit auf bestimmten Strecken keine 4. Klasse geführt wird, gelten die Wochenkarten zur Benutzung der 3. Klasse. Die Arbeiterwochenkarten zu einer täglichen Hin- und Rückfahrt und zu einer täglichen einfachen Fahrt werden am 1. November aufgehoben.

— Eine Million Zivilanzüge. Das Reichsfinanzministerium hat sich bereit erklärt, bis zum 1. April 1920 eine Million Zivilanzüge für entlassene Soldaten und demobilisierende Kriegesgefangene aus Heeresbeständen anfertigen zu lassen, um die Kleidernot dieser besonders Bedürftigen zu lindern.

— Meissen. Einen schweren Unfall erlitt am Mittwoch ein Angestellter des Elektrizitätswerkes Gröba. Mit einer Arbeit im Transformatorhaus in Eulitz bei Leuben beschäftigt, kam er den Leitungsbahnen zu nahe und verbrannte sich beide Hände dermaßen, daß ihm die Gliedmaßen kaum erhalten bleiben dürften.

— Rössen. In der Sitzung der Stadtverordneten wurde die Aufnahme einer Anleihe von 200000 Mk. und die Erhebung eines 50%igen Zuschlages zum städtischen Einkommensteuereinkommen 1919 zwecks Tilgung des Kriegsmehraufwandes 1915/19, ferner die Befreiung der Eintrittsarten für alle öffentlichen Lustbarkeiten mit 50 Pfg. für die Person einstimmig beschlossen.

— Lommash. Bei der Volkszählung sind hier 4166 Einwohner gezählt worden. Im Jahre 1910 betrug die Einwohnerzahl 4188, war also um 22 höher als jetzt.

— Chemnitz. Da die Amtshauptmannschaft Chemnitz einer der verschuldetsten Bezirke ist — die Schuldenlast hat jetzt eine Höhe von rund 20 Millionen Mark erreicht — wurde in der letzten Gemeindevorstellerversammlung der Amtshauptmannschaft ein Antrag angenommen, in dem die Regierung um eine Gesetzesvorlage ersucht wird, die einen Ausgleich der verschuldeten mit den weniger verschuldeten Kommunalverbänden erstrebt. Als Mittel wurde die Zusammenlegung aller Schulden und die gleichmäßige Verteilung auf alle Verbände vorgeschlagen.

— Leipzig. In einer geheimen Sitzung des Roten Soldatenbundes wurde, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, unter anderem bekanntgegeben, daß seit Freitag der Vorsitzende des Roten Soldatenbundes zu Leipzig König und der Kassierer Ködel mit der Kasse in Höhe von 25000 Mk. durchgezogen sind. Das wäre nach Aussage des Redners die vierte Unterschlagung innerhalb der kommunistischen Partei in Leipzig.

### Kirchennachrichten

Am 19. Sonntag nach Trinitatis.

Predigttext: Apostelgeschichte 20, 17—38.

#### Wilsdruff.

Borm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die konf. männl. Jugend. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7 1/2 Uhr Junglingsverein (Tonhalle.)

#### Grumbach.

Borm. 7 1/2 Uhr Beichte. — Borm. 9 Uhr Predigtgottesdienst und heiliges Abendmahl.

Montag den 27. Oktober zum Kirchweihfest.

Borm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

#### Kesselsdorf.

Borm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Vf. Heber). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

#### Sora.

Borm. 7 1/2 Uhr Hauptgottesdienst. — Nachm. 7 1/2 Uhr Christenlehre mit der Jugend.

#### Limbach.

Borm. 7 1/2 Uhr Predigtgottesdienst, im Anschluß daran Rindergottesdienst.

#### Blankenstein.

Borm. 7 1/2 Uhr Predigtgottesdienst.

### Hauptgewinne der Landeslotterie vom 23. Oktober.

3000 Mk.	2690 4207 7077 18884 21769 29954 31714 35727 38101 41890 50244 68095 68750 74307 78459 94756 98889 105435 106264 107627 108671.
2000 Mk.	738 1278 1720 8421 10271 17108 21660 28222 29391 29039 30971 32256 41401 49497 60760 62099 62399 64760 76101 76157 76907 82465 84480 86615 86548 89023 91988 92748 101857 107676.
1000 Mk.	925 11021 18977 17740 19258 19829 20408 21098 21957 28026 28794 29875 25519 28706 29834 37488 39464 48060 44081 44986 45282 48112 48517 51269 55084 56996 60294 61969 62250 63301 65889 76245 77681 77592 79688 83962 84780 85918 87798 88299 89586 89499 91899 98127 95107 96274 96929 100389 106861 107680 109888.
500 Mk.	1915 1525 9382 14303 16717 16761 17655 22734 25001 26816 27576 38291 34002 37901 38315 39100 39896 42156 43091 44578 45778 47307 47798 48600 49323 50028 52804 54099 58894 58389 62327 68050 67288 69824 71382 73608 76112 76459 79091 79205 82213 82922 82978 88824 84274 85956 89613 98385 94249 97749 160198 104952 105811 107066.

### Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schulte in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Wärtner. Für den Inseratenteil: Arthur Schulte, beide in Wilsdruff.

**Runkelrüben, Rot- u. Weißkraut zu kaufen gesucht.**  
Angebote mit Preis an **O. Clausniger, 47 Zanderode Nr. 14.**

Für 1. Januar wird ein älteres, tüchtiges **Mädchen** mögl. vom Lande, gesucht.  
an **Musikdirektor Kömisch.**

**Kleine Anzeigen** aller Art finden in dem **Wilsdruffer Tageblatt** große werbende Verbreitung und haben gute Wirkung.

Ein feiner **Wolfsspitz** guter Wächter, ist zu verkaufen.  
**Kesselsdorf, Bahnhof zur Krone Nr. 11. G.**

ernannt war überreicht, daß seine andere Wohnung mehr mißlich war. Er habe daher den Verbleib zur Verödung der westlichen Handelsstraße schon am 21. Januar früh 10 Uhr angekündigt, da er sicher war, daß es am Abend zu spät sein würde. Um sieben Uhr abends waren sie auch bereits von den amerikanischen Vorkämpfern, Abg. Dr. Sinzelmer mit. Am 15. Januar erhielten Sie ein Telegramm, in dem es hieß: Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem eigenen Gefährten laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg herbeiführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen. Der Referent hat hinzu, man hat also wohl mit der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Bruchs in Berlin gerechnet. Herr Warmuth: Wahrscheinlichkeit geht wohl zu weit. Graf Bernstorff: Aber wenn etwas, was in Berlin geschieden ist, kann ich nichts aussern. Herr Warmuth kommt dann zurück auf die gestern bereits verhandelten Äußerungen Wilsons im Senat, die nach dem englischen Original überprüft werden sollten. Es wird festgestellt, daß Wilson tatsächlich entsprechend den gestrigen Äußerungen die Ansicht geäußert hatte, daß Amerika wahrscheinlich sowieso in den Krieg hineingekommen wäre.

**Für und gegen den U-Boot-Krieg.**  
Referent Dr. Sinzelmer weist auf einen Artikel Bernstorffs in einer Zeitschrift hin, in dem gesagt wird, es habe sich in Berlin um den Kampf zweier Parteien, von denen die eine den U-Boot-Krieg wolle, die andere nicht. Der Referent gibt seinen Eindruck nach seiner Heimkehr dahin wieder, daß er die Erklärung des U-Boot-Krieges als einen vollkommenen Sieg der militärischen Richtung angesehen habe. Herr v. Weismann Hollweg habe ihm in einer Unterredung erklärt, daß er die amerikanische Vermittlung nicht anerkennen hat. Der erste Grund war, daß Wilsons Vermittlung in Deutschland so unpopulär wäre, daß er damit die Reichstagswahl nicht durchgekommen wäre. Es würde nur die sozialdemokratische Partei sich damit einverstanden erklären haben und keine andere. (Bewegung.) Weiter erklärte der Referent, er konnte einen sogenannten falschen Frieden nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, welche die deutschen Völker als die stärkste und beste betrachtet wurde, und von der er es glaubte, daß sie zum Siege führen würde.

Herr Warmuth: Wann waren Sie beim Kaiser nach Berlin zurück? — Graf Bernstorff: Sechs oder sieben Wochen nach meiner Heimkehr. (Bewegung und Heiterkeit.) Nach den Gründen für diese Verzögerung befragt, gibt er folgende an: Es handelt sich um zwei Gründe. Als wir von Kronowick abreisten, hatte der schwedische Botschafter mit schwedischen Depeschen auf unser Schiff bringen lassen, von dem wir gar nichts wußten. Nachher wurden wir in Salzig zwölf Tage angehalten und genau untersucht. Die Botschafter beschlagnahmten den Koffer. Er wurde nach Kronowick gebracht und dort geöffnet. Die englischen Zeitungen berichteten damals, es handle sich um einen Koffer von Wilson. Es hat damals die Vermutung bestanden, daß in diesem Koffer sich auch die Depeschen der Botschafter befanden, und zwar das mexikanische Telegramm Simmermanns, das damals bekannt geworden wäre. Jedenfalls hat der Kaiser erlaubt, daß ich einen Koffer mit solchen Depeschen nicht genügende Sorgfalt geschenkt habe. Der andere Grund: Der Kaiser hatte mir einmal in Konstantinopel auf einer Konferenzfabrik den Vorwurf gemacht, daß ich daran schuld sei, daß ein Mann wie Gerard amerikanischer Botschafter in Berlin geworden sei. Bernstorff hat die Ernennung Gerard erst nach dessen Wahl erfahren.

**Unterredung mit Ludendorff.**  
Der Senat trat auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Sinzelmer aus:  
General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Sie wollten in Amerika den Frieden machen, Sie dachten, wir wären zu Ende.“ Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaube nicht, daß wir schon zu Ende sind. Aber ich wollte den Frieden machen, bevor wir zu Ende sein würden.“ Darauf hat mir General Ludendorff geantwortet: „Ja, aber wir wollen nicht. (Bewegung.) Wir werden jetzt durch den U-Boot-Krieg die Sache in drei Monaten beenden.“ (Bewegung.)

Ludendorff sagte weiter, er hätte bestimmte Nachrichten, daß England den Krieg unter keinen Umständen länger als drei Monate aushalten könne. Auf die Bemerkung Bernstorffs, Amerika könne etwa in einem Jahr mit ernsthaften Streitkräften in Europa auftreten, antwortete General Ludendorff: „Ein Jahr brauchen wir nicht, wir werden mit unbeschränktem U-Boot-Krieg vorher fertig werden.“ (Erneute Bewegung.)

Einige Bemerkungen folgten über den Zwischenfall mit dem mexikanischen Staatssekretär Simmermann und den amerikanischen Hilfsquellen, die durch Aufstellungen Herrn Schamels u. a. auch im deutschen Hauptquartier bekannt waren. In den Mitteilungen hieß es, daß die Hilfsquellen in jeder Beziehung unerlässlich wären. Dieser Bericht Alberts war an Dr. Hellwich gerichtet, und Dr. Hellwich hat diesen Bericht dem Auswärtigen Amt übergeben. Graf Bernstorff hat den Eindruck gehabt, daß die Motive bei seiner Fernhaltung vom Kaiser mitbedacht, wenn ihm auch bestimmte Anhaltspunkte fehlten. Do von dem Senge von

**Künstlicher Kalitation für den U-Boot-Krieg**  
man trägt ihn der Vorlesende, ob nicht eine ganz natürliche Stimmungsmache vorgelesen habe. Graf Bernstorff: In meinem Standpunkt aus habe ich diese Kalitation für notwendig gehalten und halte sie noch heute dafür. Ich glaube heute, daß wenn die öffentliche Meinung in Deutschland zu wählen gehabt hätte, müßten einem möglichen Verhandlungsgeschiehen entschieden hätte, wenn man sie genau gekannt hätte. Vorkämpfer Warmuth: Das ist aber gar kein subtile Auffassung. Graf Bernstorff: Gewiß, Kalitationspunkte dafür habe ich nicht, ich habe das so angenommen. Aber nach seiner Ankunft seien alle Fragen bereits geklärt gewesen. Auch heute bin ich noch der Ansicht, daß meine Zurückhaltung in Salzig den Zweck gehabt hat, die Gelegenheit zu nehmen, hier etwas zu unternehmen. Die Unterredungen über den verdächtigten Empfang beim Kaiser, die Verbindung mit Ludendorff und eine weitere mit dem Kaiser ergehen nicht Neues. Der Zeuge bemerkt noch, daß die Rede gegen Wilson gerade in der Zeit, wo die Verhandlung zwischen dem Mannes gewünscht wurde, von dem die Beeinflussung der Presse zurückgeführt wurde.

Damit schließt die Vernehmung des Grafen Bernstorff ab. Die nächste Sitzung wird am 31. Oktober wahrscheinlich im Plenarsitzungsraum des ehemaligen Herrenhauses stattfinden. Es wird an diesem Tage der frühere Reichsminister v. Weismann Hollweg vernommen werden.

Der Botschafter A. D. Graf Bernstorff wird zu demnächstigen Gegenüberstellung ebenfalls zu dieser Tagung gesehen werden.

**Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.**  
Generalleutnant Michels Aufforderung an die Eisenbahnbeamten und Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit.  
Quisburg, 24. Okt. (tu.) Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, Generalleutnant Michels, hat eine Verfügung erlassen, in der auf Grund des Waffenstillstandes die Eisenbahnbeamten und Arbeiter aufgefordert werden, auf ihrem Posten zu bleiben und sich als aufzugeben zu betrachten. Wer diesem Verlangen nicht nach-



